



MODERATION FACHPODIUM

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Sie veranstalten und moderieren eine Podiumsdiskussion, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Österreich, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Was können wir zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten beitragen? Zum Fachpodium laden Sie verschiedenste Gäste aus Wissenschaft, Journalismus, Politik und der Zivilgesellschaft ein, um über diese Fragen zu diskutieren.

Name: **Schütz**

Rolle: **Moderation**

Rollenbeschreibung

Sie moderieren das Fachpodium. Dafür haben Sie inhaltlich Neutralität zu bewahren und verfolgen das Ziel, die Positionen und Differenzen Ihrer Gäste für das Publikum sichtbar und nachvollziehbar aufzuzeigen. Mit grundsätzlichen Fragen (v.a. zu Beginn) und Nachfragen halten Sie die Diskussion am Laufen.

Sie stimmen das Publikum mit einer Einleitung in die Diskussionsfrage: „Sollten Demokratien mit Autokratien zusammenarbeiten?“ ein und schließen die Debatte mit einer von Ihnen gestellten Abschlussfrage: „Droht ein autoritäres 21. Jahrhundert?“. Sie sind stets um Ausgleich und eine konstruktive Gesprächsatmosphäre in der Debatte bemüht und achten daher darauf, dass unterschiedliche Positionen gleichermaßen zu Wort kommen.

Ihre Gäste:

Freedom House Expert*in: Davidavic

Davidavic betont, dass Demokratien weltweit ihre Werte wie Freiheit, Gleichheit und Vielfalt stärker hervorheben und selbstbewusst vertreten sollten, um der globalen Krise der Demokratie entgegenzuwirken. Eine Zusammenarbeit mit autokratischen Regimen sollte dabei strikt an die Bedingung geknüpft werden, dass diese nachweislich Reformen umsetzen und Fortschritte in Richtung Demokratie machen.

Referent*in des Auswärtigen Amts: Yaman

Laut Yaman ist die Zusammenarbeit mit Autokratien in bestimmten Fällen notwendig, um außenpolitische und wirtschaftliche Ziele wie Energiesicherheit zu erreichen, erfordert jedoch klare Bedingungen und die deutliche Kritik an Menschenrechtsverletzungen. Gleichzeitig sollten Demokratien Länder, die Fortschritte in Richtung Demokratie machen, unterstützen, um Reformen und Werte wie Freiheit und Menschenrechte zu fördern.

Journalist*in: Kaiser

Journalist*in Kaiser kritisiert die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit demokratischer Staaten mit Autokratien, da sie autoritäre Regime stärkt und den Rückgang demokratischer Werte begünstigt. Es wird gefordert, dass Demokratie und Menschenrechte unverrückbare Voraussetzungen für zwischenstaatliche Zusammenarbeit sind, begleitet von gezielten Sanktionen gegen autokratische Eliten und praktischer Unterstützung für demokratische Bewegungen weltweit.

Engagiert*e Bürger*in: Simunovic

Auch ein*e engagierte Bürger*in nimmt an dem Fachpodium teil. Die Person betont, dass Deutschland und die EU sich vorrangig mit ihren eigenen demokratischen Defiziten und Herausforderungen auseinandersetzen sollten, bevor sie andere Staaten außerhalb der EU kritisieren. Statt Menschenrechte und demokratische Werte als Bedingung für internationale Zusammenarbeit zu setzen, wird ein pragmatischer Umgang mit autokratischen Regimen gefordert, um außenpolitische Ziele zu verfolgen.





EINLADUNG ZUM FACHPODIUM

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Sie sind zu einer Fachpodiumsdiskussion eingeladen, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Österreich, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Sollten in diesem Kontext Demokratien und Autokratien zusammenarbeiten?

Name: **Kaiser**

Rolle: **Journalist*in**

Rollenbeschreibung

Sie sind Journalist*in und beobachten die zunehmend autoritären Entwicklungen weltweit mit großer Besorgnis. Als langjähriger Beobachter*in internationaler politischer Entwicklungen haben Sie zahlreiche Beispiele dokumentiert, in denen die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit demokratischer Staaten mit autoritären Regimen nicht nur stabilisierend auf diese Regime gewirkt, sondern auch ihre Macht gefestigt hat. Sie sind davon überzeugt, dass die passiven oder gar unterstützenden Haltungen vieler demokratischer Staaten gegenüber Autokratien eine Mitverantwortung für den globalen Rückgang demokratischer Werte tragen.

Ein prominentes Beispiel dafür ist der sogenannte „Gas-Deal“ Deutschlands mit Katar. Sie kritisieren, dass durch solche Vereinbarungen autoritäre Regime in ihrer Macht gestärkt werden und die Menschenrechte der Betroffenen oft zweitrangig behandelt werden. Sie sehen es als moralische und politische Pflicht der internationalen Staatengemeinschaft, eine klare Linie zu ziehen: Demokratie und Menschenrechte dürfen nicht verhandelbar sein.

In Ihrer Sichtweise sollte die Einhaltung grundlegender Menschenrechte eine unverrückbare Voraussetzung für jegliche Form von zwischenstaatlicher Zusammenarbeit sein – sei es im Handel, in der Sicherheitspolitik oder in der Entwicklungshilfe. Sie treten entschieden dafür ein, dass Staaten, die Menschenrechte systematisch verletzen, nicht nur verurteilt, sondern auch mit gezielten Sanktionen belegt werden. Ihrer Meinung nach müssen solche Sanktionen so gestaltet sein, dass sie die Regierungen treffen, ohne die Bevölkerung unnötig zu belasten, z.B. durch gezielte Maßnahmen gegen Eliten und Machthaber.

Sie betonen in Ihrer Argumentation die Notwendigkeit einer langfristigen Strategie, um demokratische Bewegungen in autoritären Staaten zu unterstützen. Solidarität bedeutet für Sie, sowohl moralisch klar Stellung zu beziehen als auch praktische Hilfen zu leisten, wie die Förderung unabhängiger Medien, die Unterstützung von Oppositionellen im Exil oder das Einsetzen für freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit weltweit.





EINLADUNG ZUM FACHPODIUM

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Sie sind zu einer Fachpodiumsdiskussion eingeladen, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Österreich, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Sollten in diesem Kontext Demokratien und Autokratien zusammenarbeiten?

Name: **Yaman**

Rolle:
Referent*in im Auswärtigem Amt

Rollenbeschreibung

Sie arbeiten im Außenministerium und beraten Diplomaten*innen bei Verhandlungen mit anderen Ländern. Für Sie stehen die Interessen der deutschen Regierung im Zentrum. Diese wollen Sie allerdings im Einklang mit internationalem Recht und in Absprache mit den europäischen Partnern vertreten.

Demokratien stehen vor der schwierigen Frage, ob und in welchem Ausmaß sie mit autokratischen Staaten zusammenarbeiten sollten. Als Referent*in im Auswärtigen Amt sehen Sie diese Zusammenarbeit in manchen Fällen als notwendig an, um außenpolitische Ziele zu erreichen. Ein Beispiel dafür ist der Gas-Deal Deutschlands mit Katar. Katar ist ein autoritär regiertes Land, in dem Menschenrechte, insbesondere die Rechte von Arbeitsmigrant*innen, häufig verletzt werden. Dennoch ist Katar ein wichtiger Energiepartner, besonders in der aktuellen Energiekrise, die durch den Krieg gegen die Ukraine verschärft wurde. In solchen Situationen geht es darum, einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Interessen und der Verteidigung demokratischer Werte zu finden. Dabei ist es wichtig, Menschenrechtsverletzungen deutlich anzusprechen, ohne jedoch die Zusammenarbeit vollständig abubrechen.

Gleichzeitig dürfen Demokratien nicht ihre Grundwerte, wie die Achtung der Menschenrechte und die Förderung von Freiheit, aus den Augen verlieren. Ein positiver Ansatz ist die Unterstützung von Ländern, die sich auf dem Weg zur Demokratie befinden. Fortschritte verdienen Unterstützung, etwa durch finanzielle Hilfen, den Ausbau kultureller Zusammenarbeit oder Partnerschaften, die Reformen und demokratische Strukturen stärken. Indem Demokratien gezielt solche Länder fördern, können sie zeigen, dass Kooperation auch auf gemeinsamen Werten beruhen kann.

Letztlich ist jede Zusammenarbeit mit Autokratien eine Abwägung. Auf der einen Seite stehen wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten, auf der anderen die Verpflichtung, demokratische Prinzipien zu verteidigen. Strategische Entscheidungen müssen von Fall zu Fall getroffen werden. Es gilt, klare Bedingungen zu stellen und dabei stets im Einklang mit internationalen Partnern und rechtlichen Standards zu handeln. Ziel sollte es sein, Dialog und Zusammenarbeit zu nutzen, um langfristige Reformen und Fortschritte zu fördern, ohne dabei grundlegende Werte zu gefährden.



EINLADUNG ZUM FACHPODIUM

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Sie sind zu einer Fachpodiumsdiskussion eingeladen, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Österreich, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Sollten in diesem Kontext Demokratien und Autokratien zusammenarbeiten?

Name: **Davidavic**

Rolle: **Politikwissenschaftler*in bei Freedom House**

Rollenbeschreibung

Sie sind Politikwissenschaftler*in und arbeiten für die Nichtregierungsorganisation Freedom House. Ihrer Ansicht nach befindet sich die Demokratie weltweit in der schwersten Krise seit Jahrzehnten. Freie und faire Wahlen, Minderheitenrechte, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit sind massiv bedroht – eine Entwicklung, die die Statistiken Ihrer Organisation eindrücklich belegen.

Sie sehen dabei eine doppelte Problematik: Innerhalb demokratischer Staaten gewinnen populistische Anführer*innen und Parteien zunehmend an Einfluss. Diese vertreten nationalistische und migrationsfeindliche Positionen und treten für eine autoritäre Politik ein, die zentrale demokratische Werte untergräbt. Auf globaler Ebene identifiziert Ihre Organisation China und Russland als führende Autokratien, deren Regierungsmodelle eine gefährliche Inspiration für andere Länder darstellen.

Sie sind überzeugt, dass es einen grundlegenden Kurswechsel in der Zusammenarbeit mit autokratischen Regimen geben muss. Demokratien sollten ihre eigenen Stärken – Freiheit, Gleichheit und Vielfalt – stärker hervorheben und sich selbstbewusst auf diese Werte besinnen. Gleichzeitig müssen sie ihre Zusammenarbeit mit Autokratien an strikte Bedingungen knüpfen: Der Schutz der Menschenrechte und die Achtung von Freiheit und Demokratie müssen im Zentrum stehen.

In Ihrer Sichtweise sollten Demokratien klar kommunizieren, dass wirtschaftliche und politische Kooperationen mit Autokratien nur dann möglich sind, wenn diese nachweislich Reformen umsetzen und Fortschritte in Richtung Demokratie machen. Das Privileg, mit demokratischen Staaten zusammenzuarbeiten, sollte an klare Standards gebunden sein, um sicherzustellen, dass grundlegende Rechte und Freiheiten gewahrt werden

Freedom House

Freedom House ist eine Nichtregierungsorganisation, die seit 1973 jährlich den weltweiten Freiheitsgrad der Menschen bewertet. Ihr Messverfahren orientiert sich dabei an den bürgerlichen und politischen Rechten, die in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 verankert sind. Sie erstellt Statistiken, in denen die Verwirklichung jener Rechte gemessen wird.

Wichtige politische Rechte sind hier beispielsweise freie und gleiche Wahlen, Beteiligungsrechte oder die Möglichkeit zu politischem Pluralismus, das heißt die Anerkennung unterschiedlicher politischer Ansichten. Zu den bürgerlichen Freiheiten zählen z.B. die Achtung der Meinungs- und Glaubensfreiheit, der Pressefreiheit und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.





EINLADUNG ZUM FACHPODIUM

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Sie sind zu einer Fachpodiumsdiskussion eingeladen, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Österreich, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Sollten in diesem Kontext Demokratien und Autokratien zusammenarbeiten?

Name: **Simunovic**

Rolle: **Engagiert*e Bürger*in**

Rollenbeschreibung

Sie sind ein/e engagierte/r Bürger*in, die gerne hin und wieder an Podiumsdiskussionen teilnimmt. Sie stimmen mit den meisten Positionen der übrigen Teilnehmenden des Podiums nur wenig überein. Selbstverständlich steht für Sie die Stärkung von Demokratie und der Menschenrechte an erster Stelle - jedoch sollten sich Staaten wie Deutschland Ihrer Meinung nach zunächst mit ihrer eigenen Situation auseinandersetzen, bevor man andere Staaten außerhalb der EU kritisiert.

Sie denken beispielsweise an zahlreiche Angriffe auf Reporter*innen: In einer Demokratie ist die Pressefreiheit ein zentraler Wert. Journalist*innen sollten ohne Angst vor Einschüchterungen oder sogar Gewalt berichten können, denn sie kontrollieren mit ihrer Arbeit schließlich die Politik und andere Machtstrukturen. Eine Presse, die unabhängig berichten kann, ist wichtig, damit die Menschen sich eine eigene und freie Meinung bilden können.
Das ist zentral für Demokratien!

Ein weiteres Problem, das sie erkennen, ist das Erstarken des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stellen eine Bedrohung für die Demokratie dar, indem sie die Gesellschaft spalten und demokratische Institutionen angreifen. Sie fördern Hass, Gewalt und grenzen Bevölkerungsgruppen bewusst aus.

Deshalb finden Sie: Auch die EU sollte zunächst einmal bei sich selbst anfangen: In Schweden und Italien sind (rechts-)radikale Parteien Teil der von der Bevölkerung gewählten Regierung geworden, in Ungarn werden demokratische Freiheiten immer weiter eingeschränkt. Die Liste der Beispiele ließe sich fortführen.

Sie sind der Meinung, dass Deutschland und die EU in ihren wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu anderen Staaten vor allem auf ihre eigenen außenpolitischen Ziele achten sollten. Die Achtung von Menschenrechten und demokratischen Werten zur Bedingung für die Zusammenarbeit werden zu lassen, könne man sich angesichts der eigenen Situation und Vergangenheit nicht leisten. Somit argumentieren Sie für einen pragmatischen Umgang mit Staaten, die autokratisch regiert werden.

